Inzwischen ist die Fahrbahn von der Steinstraße in Richtung Opernhaus auf eine Fahrspur reduziert worden, ein Fahrradfahrstreifen eingerichtet und das Parken auf der ehemals zweiten Fahrspur ermöglicht worden.

Weshalb ist der in diesem Zusammenhang geplante Fußgängerüberweg bisher nicht realisiert worden?

Begründung:

Die Einrichtung des Fußgängerüberwegs ist von einer einspurigen Verkehrsführung in diesem Bereich abhängig gemacht worden. Dieser Sachverhalt ist inzwischen realisiert. Warum ist also das eigentliche Ziel, eine gesicherte Fußgängerüberquerung nicht im Rahmen der bisherigen Maßnahme umgesetzt worden?

Antwort der Verwaltung:

Im Zuge der Neumarkierung der östlichen Fahrbahn des Joliot-Curie-Platzes wurde neben einem Parkstreifen und einem Schutzstreifen für Radfahrer auch eine mittels Sperrflächen eingerahmte Quermöglichkeit in der Höhe von Haus Nr. 31 über die eine verbliebene Kfz-Fahrspur geschaffen. Damit wurde der erste Teil von Punkt 3 des Stadtratsbeschlusses vom 24.02.10, die „Schaffung einer verkehrssicheren Fußgängerquerung“, umgesetzt. Die zugehörigen Bordabsenkungen werden folgen (vgl. Beantwortung der Vorlage V/2010/09191). Der realisierten Art der Fußgängerquerung wurde der Vorzug gegeben, weil die Herstellung eines Fußgängerüberwegs (FGÜ) nach den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von FGÜ nur erlaubt ist, wenn die Entfernung für die Erkennbarkeit des FGÜ bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h mindestens 100 m beträgt. Zwischen dem Beginn der östlichen Fahrbahn des J.-Curie-Platzes an der Großen Steinstraße und der Querungsstelle liegen jedoch lediglich gut 80 m.

Zudem schreiben die Richtlinien die erforderliche Ausstattung von FGÜ vor, wonach neben Markierung und Beschilderung auch die Beleuchtung des FGÜ gewährleistet sein muss. Die allgemeine Straßenbeleuchtung ist an der Querungsstelle nicht ausreichend, sodass für die Einrichtung eines FGÜ mit Kosten in Höhe von ca. 30.000 € zu rechnen ist.

Aus finanziellen Erwägungen sieht die zwischen Stadtverwaltung und Polizei vereinbarte FGÜ-Prioritätenliste vor, erst einmal alle mangelhaft gesicherten FGÜ im Stadtgebiet (noch 16 Stück) regelkonform auszustatten.

Herr Sprung, CDU-Fraktion, erklärte, dass entsprechend der Antwort der Verwaltung der Stadtratsbeschluss aufgrund verkehrstechnischer Bestimmungen nicht umgesetzt werden konnte. Er gehe davon aus, dass dies bereits vor Beginn der Maßnahme erkennbar war.

Infolge dessen fragte **Herr Sprung**, weshalb eine teilweise Realisierung der Maßnahme erfolgt sei, obwohl diese nicht in vollem Maße umsetzbar war.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack widersprach den Ausführungen von Herrn Sprung. Es sei im Vorfeld nicht absehbar gewesen, dass die Maßnahme nicht in vollem Umfang umgesetzt werden könne. Dabei erinnerte er an die dazu geführten umfangreichen Diskussionen im Stadtrat.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.